

**Interpellation SP-GRÜ-Fraktion:****«Eskalation der Entschädigungen für Leitungsgremien: Public Corporate Governance als Selbstbedienungsladen für ein paar Wenige?»**

Das Personal des Kantons St.Gallen musste in den letzten Jahren einiges einstecken: Neues Lohnsystem, Beteiligung an der Ausfinanzierung der Pensionskasse, Personalstopp und (wenn überhaupt) nur eine sehr beschränkte Lohnentwicklung. Begründet wurde dies mit der «angespannten finanziellen Situation» und dem allgemeinen Sparkult im Kanton St.Gallen. Offenbar gelten diese Argumente jedoch nur für das verwaltungsinterne Personal. Bei den strategischen Leitungsorganen von selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten hingegen offenbarte die Rechnung 2017 ein anderes Bild: Waren die Vergütungen für diese Leitungsorgane (z.B. Verwaltungsrat der Spitalverbunde, Universitätsrat der HSG) 2016 hochgerechnet auf 12 Monate rund 0,82 Mio. Franken, waren es 2017 bereits 1,65 Mio. Franken.

Dieser Anstieg steht zweifellos im Zusammenhang mit der neuen Vergütungsverordnung, die seit Juni 2016 Anwendung findet. Die Monate Januar bis Mai 2016 – noch unter der alten Regelung – kosteten die Staatskasse Fr. 68'562.– pro Monat. Die Monate Juni bis Dezember 2016 unter dem neuen Regime hingegen Fr. 131'212.– pro Monat, was beinahe eine Verdoppelung darstellte. 2017 betrug der Schnitt sodann Fr. 138'450.–, weshalb nicht von einer Konsolidierung gesprochen werden kann. Dieser drastische Anstieg kann dabei auch kaum nur auf den Wegfall der regierungsrätlichen Vertretungen zurückgeführt werden. Insgesamt zeigt sich also ein klares Bild: Die Leitungsgremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten werden unter dem neuen Public-Governance-Regime deutlich besser entschädigt, von Sparen oder Zurückhaltung der Chefetagen keine Spur.

Es ist fraglich, inwiefern diese Entschädigungsmentalität in Einklang mit den stetigen Abstrichen, die das restliche Verwaltungspersonal gleichzeitig zu tragen hat, zu bringen ist. Sollte «Public Corporate Governance» und Verselbständigung wirklich zu höheren Taggeldern und Spesenvergütungen für einige wenige führen und damit den Steuerzahler teuer zu stehen kommen?

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt und erklärt die Regierung den deutlichen Anstieg der Entschädigungen für Leitungsgremien im Rahmen des neuen Public-Governance-Regimes?
2. Haben die betroffenen Leitungsorgane zusätzliche Aufgaben übernommen, die eine zusätzliche Vergütung rechtfertigen?
3. Hält die Regierung einen derart deutlichen Anstieg für angemessen und fair?
4. Wie gestalten sich die Entschädigungen im Detail, d.h. wie viele Personen erhalten welche Entschädigungen und auf was für Kostenstellen (Lohn, Spesen etc.) sind diese aufgeteilt?
5. Der Rechnung 2017 ist zu entnehmen, dass eine Berichterstattung zur neuen Vergütungsverordnung 2019 oder 2020 vorzunehmen sei. Beabsichtigt die Regierung diese Überprüfung angesichts des deutlichen Anstiegs vorzuziehen?
6. Was für Handlungsmöglichkeiten sieht die Regierung, im Rahmen einer solchen Überprüfung bei den Entschädigungen deutliche Korrekturen vorzunehmen?»

12. Juni 2018

SP-GRÜ-Fraktion